

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gefordert
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Restame-
seite 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 181.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 6. August 1919.

Jahrgang 1.

Wir brauchen Männer und Frauen in unserm Volke, die sich innerlich ausstrecken nach dem Geist, „der einst der heiligen Männer, Könige und Propheten, der Apostel und Bekenner, Trieb und Kraft und Zeugnis war“.

D. D. Schmitz.

Einheitsbewegung im amerikanischen Protestantismus.

In der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 6. v. M. macht Adolf Keller in einer Studie über den amerikanischen Protestantismus, der nebst dem demokratischen Sinn als geistiges Grundprinzip die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit der Schweiz in einen inneren Zusammenhang bringt, bemerkenswerte Mitteilungen über die jenseits des Ozeans entstandene Bewegung, eine Vereinigung der vielen protestantischen Sekten ins Leben zu rufen.

Wir erfahren zunächst, daß sich der vielgestaltige amerikanische Protestantismus, abgesehen von dem im Lande selbst entstandenen Religionsformen, auf zwei Haupttypen zurückführen läßt. Der eine hat seinen Ursprung in der englischen Ausprägung der Reformationsbewegung, der andere stammt letzten Endes, wenn auch manchmal auf Umwegen, aus der schweizerischen Reformation, vor allem in ihrer calvinistischen Fassung. Wenn Genf heute — so betont Keller — wohl vor allem durch amerikanische Einwirkung, zum Sitz des Völkerbundes bestimmt wurde, so spielte sicher die Erinnerung an diese Tatsache im Geiste der Amerikaner auch mit.

Trotz dieser starken inneren Verbindung habe die protestantische, vor allem die deutsche Schweiz, bisher fast keine Fühlung mit dem amerikanischen Protestantismus gehabt. Daran sei nicht allein die Sprache schuld gewesen, sondern vor allem die Tatsache, daß der amerikanische Protestantismus so ungeheuer zerplittert war.

„In ihm war das protestantische Prinzip des Individualismus auch in den Kirchen zur höchsten Entfaltung gekommen. Er spaltete sich im Laufe der raschen Eroberung des Landes immer mehr in Kirchen, Gemeinschaften und Sekten, so daß er als Ganzes nirgends recht faßbar war... Diese Differenzierung schafft Freiheit, lebendigen Ausgleich, fruchtbaren Kampf und starkes persönliches Leben. Aber sie hat eine Grenze: sie gefährdet die Gemeinschaft. Diese Grenze ist den amerikanischen Protestanten seit wenigen Jahren bewußt geworden. Seither hat eine Gegenbewegung eingesetzt, die statt der Unterschiebung wieder das Gemeinsame betont, statt der Konkurrenz Zusammenarbeiten verlangt und mit aller Macht wieder die protestantische Einheit erstrebt, die in der ungeheuren Differenzierung verloren gegangen war. Es ist so eine Art protestantischer Katholizismus in der Bildung begriffen, dem die Zugehörigkeit zu einem einigenden geistigen Lebensinhalt, die umfassende Glaubens- und Liebesgemeinschaft wieder wertvoller wird, als die Fragen der subtilen dogmatischen oder organisatorischen Unterschiede der einzelnen Kirchen.“

Der stärkste Ausdruck dieser Bewegung in Amerika ist das Federal Council der Churches of Christ, ein protestantischer Kirchenbund, der über 30 kirchliche Gemeinschaften mit gegen 50 Millionen Seelen umfaßt. In dieser großen kirchlichen Vereinigung werde der einzelnen Kirche alle Freiheit gelassen in den Fragen des Glaubens, der Organisation und des Kultus. Dagegen sei das Gemeinsame und Verbindende in einer Zentralstelle zu einem gewaltigen Aktionszentrum zusammengefaßt. Damit habe der bisher so zerplitterte amerikanische Protestantismus einen greifbaren Körper gefunden und sei auch für das Ausland weithin sichtbar und wirksam geworden, umso mehr, als dieser Kirchenbund auch stark auf eine große internationale Einigungsbewegung innerhalb des Gesamtprotestantismus hinarbeite.

Die Spezialversammlung des Federal Council in Cleveland, zu der Adolf Keller von der schweizerischen Konferenz als Delegierter entsandt worden war, beschränkte sich in der Frage der Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen auf die Ausgabe der Parole: From world — war to world — brotherhood! Vom Weltkrieg zur Weltbrüderlichkeit! Sie war in dieser Hinsicht gesamt

durch die Verzögerung des Friedensschlusses und überließ die praktischen Schritte, die zum gegebenen Zeitpunkt zu unternehmen sind, den hierfür bestimmten Exekutivkomitees, die sich inzwischen auch bereits an die Arbeit gemacht haben. Ein Spezialkomitee — so bemerkt der Verfasser — sei gegenwärtig daran, sobald die Verhältnisse es erlauben, eine Weltkirchenkonferenz vorzubereiten und damit jene Bestrebungen wieder aufzunehmen, die vor dem Kriege mit der Konferenz von Konstanz einen so verheißungsvollen Anfang genommen hatten.

Keller ist der Ansicht, daß sich der amerikanische Protestantismus als eine der größten konstruktiven Mächte im Wiederaufbau der internationalen Beziehungen erweisen werde, wie er schon vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg bedeutende, aber in Deutschland zu wenig beachtete Anstrengungen gemacht habe, um eine weitere Ausbreitung des Weltkrieges zu verhindern. Auch die deutsche Schweiz habe allen Grund, sich angelegentlich mit dieser geistigen Macht zu beschäftigen, die wie keine andere gegenwärtig den Gedanken der protestantischen Einigung vertritt. Leider sei der schweizerische Protestantismus durch die gegenwärtige Weltlage stark isoliert worden, was er aber in seiner Kantonalität und Parteipolitik kaum zu beachten scheine. Der früher so einflussreiche deutsche Protestantismus sei heute ganz mit sich selber beschäftigt; der französische sei eine kleine, wenn auch geistig hochstehende und sehr lebendige Minderheit, im britischen Christentum seien nur die Schotten und die Freikirchen mit dem schweizerischen Protestantismus verwandt, so daß der an Zahl wie an Hilfsmitteln und an Unternehmungsgeist gleich hervorragende amerikanische Protestantismus trotz manchen seiner Schwächen ganz von selbst zum stärksten Rückhalt für protestantische Bewegungen werde.

„Köln. Volksztg.“

Weltschuld und Weltverirrung.

Von J. Genähr.
(Schluß.)

Seltam, daß der Pazifist Foerster ein so verfeinertes Gefühl für das hat, was wir den Feinden angetan haben! Die Folge davon ist, daß er das, was uns die Feinde angetan haben, nur in verkleinertem Maßstabe sieht und fühlt. Von der satanischen Hungerblase, der Hunderttausende von deutschen Frauen, Greise und Kinder zum Opfer gefallen sind, und deren verheerende Wirkungen sich in Deutschland noch auf Jahrzehnte hinaus werden spürbar machen, war schon die Rede. Weiß Foerster diesem „Satanismus“ der Feinde auf deutscher Seite irgend etwas an die Seite zu stellen, was einen Vergleich damit aushält? Es wäre an den Haaren herbeigezogen, hier den U-Bootkrieg nennen zu wollen, denn auch Neutrale haben zugegeben, daß dieser nur eine aufgezwungene, notwendige Wiedervergeltungsmaßregel für uns war. Auch der Hezpropaganda unserer Feinde, des Lügenfeldzuges der Northcliffe-Presse, die uns schließlich den Weltbottott gebracht haben, ist schon gedacht worden. Es dürfte Foerster schwer fallen, von deutscher Seite etwas anzuführen, was auch nur im entferntesten mit diesen neuesten Vernichtungsmitteln unserer von Menschlichkeitsphrasen triefenden Feinde Ähnlichkeit hätte. Sollen wir auch noch auf die Karrikatur in der Völkerverheerung, was sie aussagt und — was sie verrät, zu sprechen kommen? Hat Foerster gar kein Gefühl dafür, was uns der Feind auf diesem Gebiet zugefügt hat? Mit welcher einer Flut von Gemeinheit, Roheit, Perversion und Lächerlichkeit ist die Welt überflutet worden, um den Deutschen als Auswurf der Menschheit hinzustellen, ihn der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Herr Professor Foerster wird wissen, daß Ferdinand Avenarius sich das Verdienst erworben hat, in zwei starken Bänden, die unter dem Titel „Das Bild als Verleumdung“ und „Das Bild als Narr“ erschienen sind, auf die Rolle der Karrikatur in der Völkerverheerung hinzuweisen. Man ist entsetzt und erschüttert, wenn man diese Bücher zur Hand nimmt. Hier ist in der Tat höchste Weltschuld und tiefste Weltverirrung, hier ist die feindliche Verleumdungstechnik zur höchsten Vollendung gelangt. Deutsche Gegenstücke von der Art hat selbst der Feind nicht beibringen können. Eine französische Gegenschrift bezeichnet Avenarius lediglich als Bluff, nicht aber als Antwort. Sie sei ein mißglückter Versuch, abzulenken. Die deutschen Fälle von „Verleumdung“ seien

gegenüber den französischen Verleumdungen „Lämmer an Harmlosigkeit.“ Wenn mir in diesem Kriege je, für Augenblicke, Zweifel kommen wollten an dem Walten eines gerechten Gottes, im Sinne von Psalm 73, dann beim Durchblättern dieser Bände. Nie ist ein frevelhafteres Spiel mit der Wahrheit getrieben worden, als in diesem Kriege. Lauter als sein Wundenblut, schreien seine Lügen zum Himmel. Daß dieser von unseren Feinden „mit den Waffen, mit der Sperre und mit der Entwertung“ schamlos und rücksichtslos geführte Krieg mit unserer Niederlage hat endigen müssen, — das ist es, was mir zeitweilig zur Glaubensanfechtung geworden ist.

Es würde zu weit führen, wollten wir Foerster auch auf das Gebiet der inneren Politik folgen. Ein paar Bemerkungen seien uns aber zum Schluß doch noch gestattet. Er vermischt auf Seiten der leitenden Klassen in Deutschland dem Volke gegenüber ein großes Schuldgefühl, ein demütiges Verständnis für dessen Auflehnung, eine ritterliche Haltung gegenüber den Vertrauensmännern der Masse, eine Anerkennung für die gewaltige Ordnungsleistung, die in dieser kritischen Phase von den Führern vollbracht wurde usw.

Unsere Aufgabe, die Aufgabe „christlicher Blätter und Kreise“ ist allerdings nicht, durch „aufreizende Verhöhnung der neuen Demokratie“ den entbrannten Streit noch zu schüren, sondern, wo wir können, ihn zu mildern durch ruhiges und unbefangenes Urteil. In dem Sinne habe ich kürzlich im „Reichsboten“ in rein sachlicher Weise die Frage kritisch untersucht: „War die Revolution nötig?“, und bin allerdings nicht zu dem Resultat gelangt, dem „Volke“ gegenüber, ein „nostra culpa“ (unsere Schuld) gelassen auszusprechen. Es ist ja heute vielfach Sitte, nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen, sondern auch bei solchen, die es besser wissen müßten, und bei denen man geschichtlichen Sinn und Geschichtskenntnisse voraussetzen müßte, alle Schuld an der Revolution den bestehenden und leitenden Klassen zuzuschreiben. Man vergesse aber darüber doch nicht die unsterblichen Verdienste der Hohenzollern, gerade um die Arbeiterklassen. Wem haben sie denn in erster Linie die Kranken- und Unfallversicherungsgesetze zu verdanken? Nicht unserem alten Kaiser? Wer hat den Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzen gegen manches Widerstreben zu Leben und Geltung verholfen? Nicht sein Enkel, Wilhelm II.? Zum Dank dafür haben sozialdemokratische Führer nach der Revolution von dem „fluchbeladenen Hohenzollerngeschlecht“ geredet, zum Dank dafür ist der soziale Kaiser von der Sozialdemokratie vom Thron gestoßen und wird jetzt noch in seinem Unglück von ihr beschimpft und verhöhnt! Kann sie da verlangen, daß die rückhaltlose Liebe und Begeisterung, die sie dem alten Regime versagt hat, sich nun in loyaler Frömmlichkeit um sie versammle?

Und was die „gewaltige Ordnungsleistung“ anlangt, die von den neuen Führern vollbracht worden ist, so darf doch in aller Bescheidenheit daran erinnert werden, daß das gesamte bürgerliche Beamtentum die Selbstverleugung besaß, sich der revolutionären Regierung reiflos zur Verfügung zu stellen. So konnte sie mit Verhältnissen rechnen, die günstiger waren, als sie irgendsonst hätte erwarten dürfen. Was haben wir nun trotz dieser für das neue Regime so günstigen Voraussetzungen erlebt? Nie ist es einer Revolution so schlecht gelungen, sich des beispiellosen Vertrauens aller Behörden, der ganzen Nation, aller ihrer Stände und Schichten, würdig zu erweisen. Sie steht moralisch gerichtet da als die Verderberin Deutschlands. Ihre Drahtzieher besaßen eben nicht die Selbstverleugung, sich auf das eine, was nottat, zu beschränken und alles, was stören und schaden konnte, rücksichtslos zu unterdrücken. So ist es gekommen, daß unser einst so geordnetes, so blühendes und fruchtbares Land in wenigen Monaten zu einem wüsten, erschöpften, unfruchtbaren und wirren Chaos geworden ist. Und dafür ist, das kann nicht oft genug wiederholt werden, in erster Linie die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Einer ihrer Führer, Max Cohen, hat selbst das Geständnis abgelegt, daß in der fünfzigjährigen Existenz der Sozialdemokratie viele Fehler gemacht worden sind, die sich jetzt bitter rächen. Man sei in der Kritik viel zu weit gegangen. Man habe übertrieben, kein gutes Haar an den anderen gelassen und die Menschen für ein System verantwortlich gemacht, ohne die sachlichen Schwierigkeiten zu berücksichtigen. In übertriebener Weise hat man den Anhängern Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, und jetzt

könnte man sie nicht einlösen. In 50 Jahren sei die Menge verhehrt worden und die Wirkung sei, daß es jetzt wie in einer Jahrmarktsbude: die Arbeiter laufen dem zu, der ihnen das meiste verspricht!

Ob Deutschland vor gänzlichem Ruin bewahrt bleiben wird oder ob es, wie Foerster zuversichtlich hofft, noch gerettet, ja, einer großen Zukunft entgegengeführt werden kann, wissen wir nicht. Aber soviel ist klar: neue Verhältnisse und Gebilde verlangen neue Menschen. Wie die Menschen so ihr Werk. Neue Menschen hat uns aber die Revolution nicht gebracht und konnte sie uns nicht bringen. Im Gegenteil mußten Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, unter ihnen auch der Kultusminister Haenisch selbst, rückhaltlos den völligen moralischen und sozialen Bankrott eines großen Teils ihrer Anhängerschaft zugestehen. Nur durch eine Ethisierung, oder richtiger noch durch eine Christianisierung der breiten Volksmassen, die entsehrlich materialisiert, ja vielfach geradezu demoralisiert sind, kann Deutschland zu einer inneren Gesundung, zu wirklicher Lebenskraft geführt werden. „Wir brauchen“, wie Johannes Müller sagt, „einen Siegfried, der den Drachen erschlägt. Ich meine keine Reaktion, sondern eine Rettung, einen heiligen Michael, der die Dämonen erwürgt, von denen weite Kreise unseres Volkes besessen sind. Sonst gehen wir rettungslos zugrunde.“ Daß wir zu diesen „weiten Kreisen“ nicht bloß die Volksmassen rechnen, versteht sich von selber. Die führenden Kreise waren nicht besser als die geführten und gemahregelten. Alle trägt die Schuld an unserem Zusammenbruch. Alle müssen sich darum unter das Gericht stellen, das über uns hereingebrochen ist. Dann kann aus dem Zusammenbruch dieser Zeit eine neue Schöpfung werden und neues Leben aus den Ruinen erblühen. Gott walt's.

Der Umschwung in Ungarn.

Einmarsch der Rumänen in Budapest.

Nach einer Meldung der Prager „Mittagspost“ sind die Rumänen Sonntagabend in Budapest eingedrungen. Nach den Mitteilungen, die der kommandierende rumänische Offizier der ungarischen Regierung machte, sollen zwei rumänische Regimenter in Budapest einquartiert werden. Die Regierung hat sich nach Empfang dieser Mitteilung an die Entente-missionen gewendet und bat um die Entsendung von Ententetruppen nach Budapest. Es sollen 5000 Mann Ententetruppen nach der ungarischen Hauptstadt kommen, und zwar je ein Regiment von jeder Macht der alliierten Staaten.

Das rumänische Oberkommando hat sich demnach an den durch den Oberleutnant Romanelli übermittelten Befehl, den Vormarsch einzustellen, nicht gehalten, angeblich weil eine Besetzung Budapests aus strategischen Gründen nötig gewesen sei. Der Gesandte des Chefs der italienischen Mission Oberleutnant Romanelli gelang es, dieser Besetzung den Charakter eines feindlichen Aktes zu nehmen. Die Rumänen begnügten sich damit, zwei Regimenter in Vorstadtquartieren von Budapest unterzubringen, gewissermaßen als Einquartierung nach dem Gaistrecht.

Der Befehlshaber der roten Truppen von Budapest, Kriegsminister Gaurich, hat mit ihnen verhandelt, daß die rote Armee sofort demobilisiert und entwaffnet würde, daß in der Stadt nur 4000 Mann, im übrigen Ungarn nur 20 000 Mann roter Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung bleiben sollten. Dementprechend beschloß der Ministerrat den Demobilisierungsbefehl zu veröffentlichen. Damit ist die erste Grundfrage für die Eröffnung von Verhandlungen mit der Entente gegeben. Den Wunsch der Budapest-Regierung 5000 Mann Ententetruppen nach Budapest zu entsenden, werden die Ententemächte wohl erfüllen müssen, weil sie nicht wissen, wie sie sonst wieder die Rumänen aus Budapest entfernen können.

Die Evangelische Kirche und die Arbeiterwohnungsfrage.

Von D. Weber.

Ein sozialdemokratischer evangel. Pfarrer hat sich neulich erlaubt, in einer öffentlichen Versammlung zu sagen, die Evangelische Kirche habe sich nie um die Arbeiterwohnungsfrage bekümmert. Das ist unklar, und selbst ein sozialdemokratischer Pfarrer hätte, wenn er die genügende soziale Bildung besäße, nicht so etwas nicht sagen dürfen. Er stellt nur sich selbst in seiner Unwissenheit damit bloß, nicht aber die Evangelische Kirche. Der Erste, der schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Arbeiterwohnungsfrage angeregt hat, war der edle, selbst von La Salla glühend verehrte, evangelisch-kirchliche und politisch-konservative Professor Viktor Alimé Huber, den ich 1864 als Student in Bonn habe reden hören. Seine Gedanken und Forderungen sind dann von dem Vater der Inneren Mission, Johann Hinrich Wichern, aufgenommen worden, der sie noch zuletzt auf der großen kirchlichen Oktoberversammlung des Jahres 1871 vertreten hat. In diesen beiden Männern und durch sie sprach die Evangelische Kirche als das Gewissen des Volkes. Auf der 2. Generalversammlung des Märkischen Vereins für Innere Mission im Jahre 1876 habe ich dann über Wohnungs-verhältnisse als Diener meiner Kirche und als Mann der Inneren Mission gesprochen und im Jahre 1892 habe ich nach urkundlichen Quellen, zum Teil nach einer von mir selbst aufgenommenen Statistik, die Wohnungsverhältnisse in Deutschland geschildert. Unsterbliche Verdienste hat sich dann der gut evangelisch-kirchliche Oberinspektor A. D. Lieber in Bielefeld durch seine in unzähligen Städten persönlich vorgenommene Erkundung der Wohnungsverhältnisse erworben. Und im Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, diesem Arm der Kirche in der Arbeiterwelt, haben wir seit der Mitte der 90er Jahre — nun 25 Jahre schon — die Arbeiterwohnungsfrage ernst und energisch in Angriff genommen. Wir haben die Ge-

Bildung einer Koalitionsregierung.

Die neue Regierung dürfte kein langes Leben haben. Es verlautet, daß sie ihren Platz binnen 24 Stunden einer anderen Regierung übergeben und die Vertreter der Bauernschaft und Bürgerschaft mit den Vertretern der Sozialdemokratie vereinigen werde. Diese neue Regierung wird dann sofort die Wahlen zur Nationalversammlung ausführen, und zwar auf Grund jener Verfügungen, die die kaiserliche Regierung im März zwecks Durchführung der Wahl getroffen hatte. Die Ausschreibung der Wahlen dürfte in den nächsten Tagen erfolgen, so daß die Wahlen selbst Anfangs September stattfinden können. Sämtliche Sozialisierungsmaßnahmen der kaiserlichen Regierung sind durch eine Verfügung der neuen ungarischen Regierung aufgehoben worden, insbesondere die Sozialisierung der Mietskäufer, die bereits den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. Die anderen sozialisierten Betriebe werden vorläufig als solche weitergeführt, doch unter Kontrolle des rechtmäßigen Besitzers. Man will nämlich vermeiden, daß durch die plötzliche Umwandlung der sozialisierten Betriebe in Privatbetriebe die ohnehin flodende Produktion noch mehr gehindert werden soll.

In der städtischen Vertretung Budapests sind bereits bürgerliche Demokraten eingezogen. Der frühere Wiener Gesandte der Regierung Karolyi, Franz Garai, wurde Budapest-er Bürgermeister, Karl Diez wurde Stadthauptmann. Mit der Segediner Gegenregierung, welche ausschließlich aus Aristokraten besteht, werden keinerlei Verhandlungen geführt.

Das Schicksal der Volkskommissare.

Die Mehrzahl der ungarischen Volksbeauftragten, unter ihnen auch Bela Kun, ist in Wien eingetroffen, um von dort aus in einem Internierungslager untergebracht zu werden. Tibor Szamuely, der zahlreiche Hinrichtungen auf dem Gewissen hat, und beim Ueberkreuzen der deutsch-österreichischen Grenze angehalten wurde, hat sich der Festnahme durch Selbstmord entzogen.

Der letzte Wiener Gesandte des Kabinetts Kun, Boehm, trat von seinem Posten zurück und will sich in ein Schweizer Sanatorium begeben. Der ehemalige Volkskommissar für Volkswirtschaftswesen, Rakosi, wurde in Wien in einem Hotel von anwesenden Gästen erkannt und mit Beschimpfungen überhäuft. Seine Lage wurde so bedrohlich, daß er aus dem Hofsaal flüchten mußte. Er versteckte sich im Korridor, wo er jedoch eingeholt und weiter beschimpft wurde, bis die Polizei ihn in Schutzhaft nahm.

Die Streikwelle im Auslande.

Abflauen des Schweizer Generalstreiks.

Angesichts der festen Haltung des schweizerischen Bundesrats ist in Basel ein wesentliches Abflauen des Generalstreiks festzustellen. Seit Freitag mittag kam es zu keinen Zusammenstößen mehr. Die Ankunft der Truppen und deren energisches Auftreten hat im großen und ganzen ernüchternd auf die Streikenden gewirkt. Nichtsdestoweniger scheint aber die Streikleitung auf der weiteren Aufrechterhaltung des Streiks verharren zu wollen. Anerkannt werden muß die große Disziplin, mit der sich seit zwei Tagen die Streikenden den Anordnungen ihrer Führer unterwerfen. Die schweizerische sozialdemokratische Volkspartei erließ einen Aufruf an ihre Anhänger, in dem sie die sozialen Forderungen der Arbeiterpartei anerkennt, aber jede bolschewistische Ausbeutung des Generalstreiks verurteilt. In Zürich ist die Lage ähnlich und an beiden Orten kann der Generalstreik, der die deutlichsten Anzeichen eines Versuchs revolutionärer Machtpolitik trug, als gescheitert betrachtet werden.

anken des wiederum gut evangelisch-kirchlichen Kaufmanns und Sozialreformers Dr. Paul Lechler in Stuttgart bei den Behörden und Parlamenten mündlich und schriftlich aufs kräftigste vertreten. Sie zielten auf Besserung der Wohnungsverhältnisse durch gemeinnützige Privatnützigkeit unter Bürgerschaft des Reichs, auf Landesbaubanken und ein Reichswohnungsamt. Wir haben ferner die Gründung von Wohnungsgenossenschaften (Spart- und Bauvereinen) allen unseren Vereinen energisch empfohlen, und was unsere Vereine hierin geleistet haben, dafür will ich nur einige Beispiele anführen. Der Berliner Vaterländische Spart- und Bauverein, aus unserem Evangelischen Arbeiterverein hervorgegangen, hat die wunderwolle Privat-Verföhrungsstraße im Norden Berlins und den Potsdamer-Block in der Peripherie der Stadt gebaut. Und unser Freund Köhlig hat in Altona und Lauenburg mit seinem Spart- und Bauverein etwa 1000 schöne, menschenwürdige Wohnungen hergestellt. Was ferner Pastor von Bodelschwingh als Vertreter seiner Kirche in dem Verein „Arbeiterheim“ geleistet hat und wie Baurat Siebold in Bethel bei Bielefeld, der erste Sachverständige auf dem Gebiet des Arbeiterwohnungsbaues in ganz Deutschland ist, das ist bekannt. Wir haben weiter schon 1893 die Gelder der Invaliditätsversicherung für den Bau von Arbeiterwohnungen in Anspruch genommen. Am 20. September 1898 haben wir dann die Forderung des Reichswohnungsgegesetzes erhoben und damals die Unterstützung des ganzen Reichstags einschließlich der Sozialdemokratie gefunden. 1899/1900 habe ich dann in einer langen Unterredung mit dem Grafen Posadowsky die Forderung einer Fürsorge des Reichs für seine Beamten und Arbeiter gestellt und haben die Einstellung der ersten Millionen in den Reichsetat für diese Zwecke durchgesetzt. Seitdem sind wohl schon über 80 Millionen Mark ausgegeben worden. Dasselbe haben wir bei den preussischen Ministerien der öffentlichen Arbeiten und des Handels angeregt und haben die Ausbildung der staatlichen Betriebe zu Musterbetrieben auch durch Wohnungsfürsorge verlangt. Am 2. August 1895 hatten wir schon

Verschlimmerung der Streiklage in Italien.

Auf der Linie Tarent-Potenza wurde ein Explosivkörper auf die Schienen gelegt. Beim Eintreffen des Personenzuges erfolgte eine Explosion, die das Wärrerhüschchen zerstörte und den Zug zum Entgleisen brachte; bis jetzt wurden neun Tote und viele Verwundete geborgen. Die Streiklage verschlimmert sich. Die Verhandlungen in Rom unter Leitung des Industrieministers Ferraris zwischen den Vertretern der Industriellen und den Metallarbeitern wurden ohne Ergebnis abgebrochen. Falls die Industriellen nicht alle Forderungen der Arbeiter annehmen, soll Dienstag der Generalstreik der Metallarbeiter in ganz Ober- und Mittelitalien ausbrechen. Das Streikkomitee der Textilarbeiter in Bergamo beschloß, falls die Industriellen weiter in ihrem Widerstand beharren sollten, den Generalstreik aller Industrie- und Landarbeiter in der ganzen Provinz. Die Vermittlungsverhandlungen des Transportministers zwischen den italienischen Schiffreedern und den Verbänden der Seeleute wurden abgebrochen. Infolge des seit etwa drei Wochen andauernden Streiks der Seeleute liegen viele Schiffe in den italienischen Häfen fest.

Der Polizeistreik in England.

In Liverpool fanden infolge des Polizeistreiks Straßentravalle und Plünderungen statt. Aus den Docks wurden große Warenmengen gestohlen. Militär mußte zum Schutze des Eigentums herangezogen werden. Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, daß der Polizeistreik durchaus nicht mißglückt sei. In Liverpool und London habe er einen vollen Erfolg gehabt.

Amerika vor einem Generalstreik?

Die öffentlichen Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung in Amerika haben einen starken Eindruck auf Wilson gemacht, daß er sofort einen Kabinettsrat zusammenrief. Nicht nur die Maschinisten und Arbeiter der Eisenbahn haben ein Ultimatum gestellt, sondern auch die Angestellten zahlreicher anderer Gewerkschaften. In Washington verlangt man, daß Hoover wieder zum Lebensmittelkontrollleur ernannt werde. In Chicago haben 100 000 Arbeiter in den Eisenbahnerbetrieben die Arbeit niedergelegt. In den großen Städten der Südost-Staaten, in Philadelphia, Boston und Denver sind 30 000 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Der Präsident des amerikanischen Eisenbahnverbandes, William Lee, gab vor der Unteruchungskommission eine Erklärung ab, in der er u. a. betonte, daß sich Amerika infolge der Lebensmittelteuerung an der Schwelle eines Generalstreiks befindet. Wenn Kapital und Arbeiter nicht schnellstens Mittel und Wege finden, um Hand in Hand zu arbeiten, würden in Amerika Unruhen ausbrechen, wie man sie noch nie gesehen habe. Laut „Times“ hat Wilson sich entschlossen, persönlich einzugehen und den Kongreß einzuladen zur Ernennung einer Kommission mit dem Auftrag, die Mittel zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu beraten. Man glaubt aber nicht, daß die Arbeiterbewegung ruhig das Ergebnis der Beratungen abwarten wird. Die Eisenbahner fordern Lohnverbesserungen im Gesamtbetrage von 600 Millionen Dollar im Jahre.

Die Führer der streikenden amerikanischen Eisenbahner haben eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie erklären, daß weder eine Lohnverbesserung noch eine Vermittelung der Regierung eine Lösung der Krise herbeiführen könnten, da die Lohnverbesserung, wie sie annehmen müßten, eine weitere Erhöhung des Lebensmittelpreises mit sich bringen würde. Sie verlangen daher die Verstaatlichung der Eisenbahnen und einen Gewinnanteil für Arbeiter und Angestellte. Am 24. August soll eine Abstimmung der Eisenbahner über diesen Plan entscheiden. Nehmen die Eisenbahner diesen Plan an, dann tritt am 2. September der Generalstreik der Eisenbahner ein.

Angesichts dieser Schwierigkeiten hat nicht nur der Konarek seinen Beschluß, die Ferien zu beginnen,

gefordert, daß alle Wohnungen, deren Benutzung polizeilich gestattet werde, gewissen genau formulierten Anforderungen der Gesundheit und Sittlichkeit entsprechen müßten. 1899 forderten wir von neuem Einrichtung von Landesbaubanken oder Landeskreditanstalten, billige Abtretung von fiskalischem Baugelände, Anstellung von Wohnungsinspektoren, Mithilfe der Landesversicherungsanstalten und der Gemeinden. 1900 haben wir ferner für den Fall, daß die Reichsregierung nicht vorgehen sollte, ein Vorgehen der Preussischen Staatsregierung und ein Preussisches Wohnungsgesetz erbeten. Gegen falsche Anschauungen der Haus- und Grundbesitzer haben wir 1900 und 1901 protestiert und sind namentlich für die funderreichen Familien eingetreten. 1901 trat die Absicht der Preussischen Regierung, vorzugehen, ans Licht; ebenso gingen Bayern und Württemberg allmählich vor. 1903 konnten wir anerkennen, daß der geplante Preussische Wohnungsgesetzentwurf wesentliche Teile unserer Forderungen erfüllte, mußten aber bedauern, daß der Entwurf auf die Frage der Regelung des Baukredits keine Rücksicht zu nehmen schien. Wir forderten dann: im Herbst Umlegungszwang, Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse der Gemeinden, Regelung des Kreditwesens, obligatorische Einführung der Grundsteuer vom gemeinen Wert in allen Städten von mindestens 30 000 Einwohnern. Fast 10 Jahre hat alsdann der Entwurf geruht, bis er 1913 in neuer Gestalt erschien. Diesen Entwurf habe ich 1913 und dann eingehend 1914 zu Saarbrücken kritisiert und nochmal unsere Forderungen festgelegt. Zum Schluß noch zwei Tatsachen! Die bedeutendste gemeinnützige Aktienbaugesellschaft in ganz Deutschland, die M.-Gladbacher, ist aus den Anregungen der christlichen Fabrikantenkonferenz, welche 1870 vor dem Kriege in Bonn stattfand, hervorgegangen. Und der treffliche, weitverbreitete „Leifaden der Inneren Mission“ von D. Th. Schäfer hat in allen seinen fünf Auflagen die Wohnungsfrage eingehend behandelt. Das alles sind Tatsachen, welche die Evangelische Kirche ehren.

rückgängig
gandareise
den, bis
kosten für
das Krieg
aller für
Lebensmitt

Berlin
Die V
französi
im Septem
glaubt zu
sch damit
ner Ende
26. Augu
beginnt.
am 15. C
Der Fried
hammer h
trages be

Die S
internatio
del und
der Revöl
von Brüss
beendet.

ten, die
verhindern
Privatun
verbote
Waffen wa
gier, Expi
asiatischen
und für v
georgische
Brüsseler
schriften z
die Durch
zung im

Einen
französi
Andlau
die Kohle
wäre es
machen wi
ternehmen
jen Fabri
Einfluß d
duzierten
Interesse
angliedert
wenn man
wohl leicht
von dem U
Duch
gebietet
lung auf
Nach Mitt
derartigen
mission d
Die Verha
Die A
lande zw
traktat Ver
wieder au
findet sich
rlichen Be
äußern w
Die Rhein

Der
schen Tru
gleichzeitig
sagungsstr
des erben
Alliierten
wiesen. C
Regierung
verlaufen.

Zwisch
rkanischen
gieren ha
welches G
ten sollen
wird sich
Grenze d
Rheinland
nicht über
Vorüberge

Der
schen Tru
sollen. A
Stadt ein
übergehen
ben die
jen ausg

Die
Die
lesten Ja
men. Ge
zitätsarbe
Jahre 19
bereits a
Spitterun
zeit beste
werte —
schaffliche
Sonderint
arbeit, w
entgegen
zubeng

Die
Die
lesten Ja
men. Ge
zitätsarbe
Jahre 19
bereits a
Spitterun
zeit beste
werte —
schaffliche
Sonderint
arbeit, w
entgegen
zubeng

Die
Die
lesten Ja
men. Ge
zitätsarbe
Jahre 19
bereits a
Spitterun
zeit beste
werte —
schaffliche
Sonderint
arbeit, w
entgegen
zubeng

Die
Die
lesten Ja
men. Ge
zitätsarbe
Jahre 19
bereits a
Spitterun
zeit beste
werte —
schaffliche
Sonderint
arbeit, w
entgegen
zubeng

in Station.
wurde ein Ex-
gelegt. Beim Ein-
ne Explosion, die
en Zug zum Ent-
en Tote und viele
ge verschlimmert
unter Leitung des
den Vertretern
arbeitern wurden
die Industriell-
beiter annehmen,
Metallarbeiter in
en. Das Streik-
Bergamo beifolgt,
hrem Widerstand
aller Industrie-
rovins. Die Ver-
ortministers zw-
n und den Ver-
drohen. Infolge
nden Streiks der
italienischen Hän

land.
s Polizeistreiks
statt. Aus den
schlohen. Militär
verangezogen wer-
d" schreibt, daß
sfigkeit sei. In
en vollen Erfolg

streit?
egen die Lebens-
einen so starken
sfort einen Ma-
die Maschinen
ein Ultimatum
n zahlreicher an-
n verlangt man,
ellkontrolliere er-
100 000 Arbeiter
eit niedergelegt.
Staaten, in Phi-
30 000 Arbeiter

Eisenbahn-Ver-
nterstützungsom-
er u. a. betonte,
smittelsteuerung
eiles befindet.
kleinigt Mittel
nd zu arbeiten,
rechen, wie man
mes" hat Wilson
n und den Kon-
ner Kommission
Herabsetzung der
laubt aber nicht,
as Ergebnis der
bnahmer fordern
n 600 Millionen

kanischen Eisen-
fentlicht, in der
öhung noch eine
jung der Krise
höhung, wie sie
de. Sie verlan-
der Eisenbahnen
rbeiter und
eine Abstim-
lan entscheiden,
an, dann tritt
der Eisenbah-

hat nicht nur
en zu beginnen,

uhung polizeilich
Anforderun-
sprechen müßten
ung von Landes-
illige Abtretung
non Wohnungs-
herungsanstalten
er für den Fall,
ite, ein Vorgehen
ein Preußisches
Anschauungen der
und 1901 prote-
reichen Familien
reuhikhen Regie-
gen Bayern und
wir anerkennen,
hentwurf wesent-
müßten aber be-
der Regelung des
e. Wir forderten
iterung der Ent-
ung des Kredit-
ndsteuer vom ge-
ntens 30 000 Ein-
entwurf gerührt,
en Entwurf habe
rden kritisiert
kt. Zum Schluß
innigliche Aktien-
-Glabbacher, ist
ikantenkonferenz,
attfand, hervor-
e, Leifaden der
r hat in allen
e eingehend be-
die Evangelische

ausgangs machen müssen, sondern Wilsons Propagandareise für den Völkerbund mußte aufgegeben werden, bis sich die Lage geklärt haben wird. Um die Kosten für den Lebensunterhalt herabzusetzen, ordnete das Kriegsamt den sofortigen öffentlichen Verkauf aller für das Heer aufgetauften Mehrbestände an Lebensmitteln an.

Der Frieden.

Verzögerung der Friedensaktion in Frankreich.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die französische Kammer wird aller Voraussicht nach erst im September erfolgen können. Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß Ministerpräsident Clemenceau sich damit einverstanden erklären werde, daß die Kammer Ende dieser Woche kurze Ferien nimmt und am 26. August mit der Diskussion des Friedensvertrages beginnt. Das Blatt glaubt, die Ratifizierung werde am 15. September als Tatsache zu betrachten sein. Der Friedensauschuß der französischen Deputiertenkammer hat bekanntlich der Ratifizierung des Vertrages bereits zugestimmt.

Die Pariser Beratungen.

Die Kommission, die mit der Vorbereitung der internationalen Abmachungen über den Waffenhandel und den Handel mit Spirituosen und der Revision der Berliner Akte von 1885 und der von Brüssel von 1890 betraut war, hat ihre Arbeiten beendet. Es werden neue Vorschriften in Kraft treten, die die Einfuhr von Spirituosen niedrigerer Sorte verhindern und den Waffenhandel reglementieren. Der Privatwaffenhandel soll in der ganzen Welt verboten werden. Für den übrigen Handel mit Waffen wird für ganz Afrika mit Ausnahme von Algerien, Ägypten und der Südafrikanischen Union, für die asiatischen Gebiete des ehemaligen türkischen Reiches und für Persien ein strenges Reglement mit Lizenzen vorgeschrieben werden. Die Revision der Berliner und Brüsseler Akte hat eine genaue Umschreibung der Vorschriften zur Unterdrückung der Sklaverei und die Durchführung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung im Kongobereich ermöglicht.

Der französische Druck im Saargebiet.

Einem Bericht, erstatter des „Matin“ erklärte der französische Kommandant des Saargebietes, General Audouard, in Saarbrücken, Frankreich kontrolliere die Kohlengruben des Saargebietes vollständig, und wäre es also absurd, wenn es nicht den Versuch machen würde, auch in den metallurgischen Unternehmungen Einfluß zu gewinnen. Wenn man diesen Fabriken Kohlen liefere, könne man leicht großen Einfluß auf ihren Geschäftsgang ausüben. Die Industriellen müßten deshalb begreifen, daß es in ihrem Interesse liege, wenn sie sich dem französischen Kapital angliederten. General Audouard meinte schließlich noch, wenn man die Industrie in der Hand habe, sei es wohl leicht, auf die Einwohner einzuwirken, damit sie von dem Recht der Naturalisation Gebrauch machten.

Durch Verfügung des Generalverwalters des Saargebietes ist vorläufig jede politische Versammlung auf Befehl des Marschalls Hoch verboten worden. Nach Mitteilung der Polizeidirektion Saarbrücken taun derartige Versammlungen erst nach der Einweisung der Kommission des Völkerbundes näher getreten werden.

Die Verhandlungen über die Befestigung der Rheinlande.

Die Verhandlungen über die Befestigung der Rheinlande zwischen Minister Loucheur und Unterstaatssekretär Lemaire werden am Donnerstag in Versailles wieder aufgenommen. Unterstaatssekretär Lemaire befindet sich zurzeit in Köln, um mit dem parlamentarischen Beirat zu verhandeln, der noch etwaige Wünsche äußern wird.

Die rheinischen Besatzungstruppen unter französischem Oberbefehl.

Der Oberste Rat beschloß, daß der die französischen Truppen am Rhein kommandierende General gleichzeitig Oberbefehlshaber über alle alliierten Besatzungstruppen sein soll. Die Frage der Verteilung des erbeuteten feindlichen Kriegsmaterials unter den Alliierten wurde an militärische Sachverständige verwiesen. Es wurde endgültig beschlossen, daß keiner Regierung gestattet sein wird, derartiges Material zu verkaufen.

Zwischen Vertretern des Marschalls Hoch, dem amerikanischen General Allen und anderen alliierten Offizieren hat in Koblenz eine Beratung stattgefunden, welches Gebiet die Amerikaner in Zukunft besetzt halten sollen. Der von den Amerikanern besetzte Teil wird sich auf die Stadt Koblenz und eine bestimmte Grenze der Umgegend erstrecken. Die Zahl der im Rheinland verbleibenden Amerikaner soll 6000 Mann nicht überschreiten.

Vorübergehende Verwaltung Danzigs durch die Entente.

Der Oberste Alliierte Rat beschloß, daß die deutschen Truppen aus Danzig zurückgenommen werden sollen. Auch polnische Truppen dürfen nicht in die Stadt einrücken. Danzig soll durch die Entente vorübergehend verwaltet werden. Zu diesem Zweck haben die Kommissionen für die Festlegung der Grenzen ausgedehntere Vollmachten erhalten.

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Stärkere Ausnutzung der Wasserkraft.

Die deutsche Elektrizitätswirtschaft hat in dem letzten Jahrzehnt eine gewaltige Ausdehnung genommen. Gegenüber einem Gesamtverbrauch an Elektrizität von 4,43 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1907 belief sich der Verbrauch im Jahre 1917 bereits auf 22 Milliarden Kilowattstunden. Die Zersplitterung in zahlreiche Einzelunternehmungen — zurzeit bestehen in Deutschland über 4000 Elektrizitätswerke — hat jedoch vielfach zur Entstehung unwirtschaftlicher Werke geführt. Private und kommunale Sonderinteressen haben ferner bisher einer Zusammenarbeit, wie es im allgemeinen Interesse geboten wäre, entgegengekömmt. Um einer weiteren Zersplitterung vorzubeugen und eine einheitliche Elektrizitätsverwaltung

Deutschlands zu schaffen, die insbesondere auch bisher unversorgte Gebiete in gebührender Weise berücksichtigt, muß das Reich die Führung in der Elektrizitätswirtschaft übernehmen. Infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages über das Saargebiet und der weitgehenden Verpflichtungen Deutschlands zu Kohlenlieferungen an das Ausland muß für die künftige deutsche Wirtschaft mit einem großen Kohlenmangel gerechnet werden. Es ist deshalb dringend geboten, zur Elektrizitätsversorgung und damit zur Energiewirtschaft Deutschlands überhaupt in weit stärkerem Umfange als bisher Wasserkraft zu heranzuziehen.

Die Reichsregierung hat sich daher zu einer weitgehenden Sozialisierung der gesamten Elektrizitätswirtschaft entschlossen. Die Richtlinien für diese in unser Wirtschaftsleben tief einschneidenden Maßnahmen sind in einem Gesetzentwurf niedergelegt, der soeben der Nationalversammlung zugeworfen ist.

Nach § 1 ist das Reich befugt:

1. Das Eigentum an Anlagen, welche zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in einer Spannung von 5000 Volt und mehr bestimmt sind und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen,

2. das Eigentum an Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit (Elektrizitätswerke) mit einer installierten Maschinenleistung von 5000 Kilowatt und mehr, welche im Eigentum privater Unternehmer stehen und nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen,

3. Privatunternehmen zustehende Rechte zur Ausnutzung von Wasserkraften für die Erzeugung von elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, welche nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe bestimmt sind, einschließlich des Eigentums an den in Ausübung dieser Rechte errichteten Anlagen und des Rechts auf Benutzung technischer Vorarbeiten, gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Zu den Elektrizitätswerken im Sinne des Abs. 1 Ziffer 2 gehören alle Anlagen und Einrichtungen, welche mit dem Kraftwerk eine wirtschaftliche Einheit bilden. Die bisherigen Eigentümer können verlangen, daß darüber hinaus solche Anlagen und Einrichtungen mit übernommen werden, die bei einer Abtrennung für sie unverwertbar werden würden.

Anlagen der im § 1, Absatz 1, Ziffer 2, genannten Art, die sich im Eigentum einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, oder Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft befinden, gelten als im Eigentum privater Unternehmer stehend auch dann, wenn Länder oder Kommunalverbände an diesen Gesellschaften oder Genossenschaften entweder unmittelbar oder durch Vermittelung anderer Gesellschaften oder Genossenschaften beteiligt sind. Die beteiligten Länder und Kommunalverbände können in solchen Fällen verlangen, daß das vom Reich übernommene Elektrizitätswerk einer Gesellschaft übertragen wird, an der sie in einem Umfange beteiligt werden, der ihrer bisherigen Beteiligung an dem Elektrizitätswerk entspricht.

Die Entschädigung

für die Übernahme der Anlagen der in § 1 bezeichneten Art besteht in den Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Abschreibung.

Die Entschädigung für die Übernahme von Rechten zur Ausnutzung von Wasserkraften für die Erzeugung elektrischer Arbeit besteht in dem Ertrag der Ausnutzung, die dem bisherigen Berechtigten in Bezug auf die zu übernehmenden Rechte erwachsen sind.

Kommt eine vertragliche Vereinbarung nicht zustande, so wird in einem Schiedsverfahren festgestellt, welche Anlagen und Rechte auf das Reich zu übernehmen oder in die Gesellschaft einzubringen sind, und unter welchen Bedingungen die Übernahme und Einbringung zu erfolgen hat. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts über die Höhe der Entschädigung oder Beteiligung ist Beschwerde an ein bei dem Reichsfinanzhof gebildetes Oberschiedsgericht zulässig.

Zur beratenden Mitwirkung bei Angelegenheiten der Reichselektrizitätswirtschaft errichtet die Reichsregierung mit Zustimmung des Staatsauschusses einen Beirat, in welchem die Länder Sitz und Stimme haben.

Dem Reichsschatzminister wird für die Durchführung dieses Gesetzes, dem Bedarf entsprechend, ein Geldbeitrag bis zu einer Milliarde zur Verfügung gestellt.

Für die Regelung der Elektrizitätswirtschaft, soweit sie nicht auf Grund dieses Gesetzes erfolgt, ist bis zum 1. Oktober 1920 ein Gesetz einzubringen über die Einführung einer Genehmigung, über die Möglichkeit eines zwangsweisen Zusammenschlusses von Elektrizitätswerken, über das Verfahren in beiden Fällen, über das Enteignungsrecht für Elektrizitätsunternehmen und über die Einrichtung einer Elektrizitätsverwaltung.

Deutsches Reich.

Das Armee-Oberkommando Grenzsicherung Süd wurde, nachdem die Aufgabe des Grenzsicherung im Bereiche der Regierungsbezirke Oppeln, Breslau, Liegnitz und Frankfurt-Erfüll ist, am 1. August aufgelöst.

Der Unterstaatssekretär im preussischen Justizministerium Dr. Hugo Heine mann ist nach kurzem Leiden gestorben. Heine mann gehörte der mehrheitssozialistischen Fraktion der preussischen Landesversammlung an.

Durch Beförderung des Geh. Justizrates Schulz-Bromberg (D. natl.) und des Staatsanwaltsrates Schulz-Bromberg zu Landgerichtsdirektoren unter gleichzeitiger Versetzung nach Breslau erfolgten ihre Mandate in der Nationalversammlung bezw. preuß. Landesversammlung. An Stelle des ersten tritt die Vorsitzende des Gewerkevereins der Arbeiterinnen und des Nationalen Frauenbundes Frau Elise Heinrichs-Pofen. An Stelle des zweiten die Fabrikleiterin Martha Ziegert in Posen.

In Kassel wurde am Sonntag der Bundestag des Deutschen Kriegerbundes unter dem Vorsitz des Generaloberst v. Heeringen eröffnet.

Hindenburg tritt für Ludendorff ein. Generalfeldmarschall von Hindenburg läßt über die Kommandostelle Koblenz folgende Kundgebung verbreiten: „Die Angriffe gegen meinen früheren Mitarbeiter, General Ludendorff, mehren sich. Ohne mich in eine Erörterung über das Unberechtigte dieser Angriffe einzulassen, bemerke ich, daß für alle Entschlüsse der Obersten Heeresleitung ich allein die volle Verantwortung trage. General Ludendorff hat stets im Einverständnis mit mir gehandelt. Wer den General Ludendorff trifft, trifft also mich.“

Kein Grundstücksverkaufrecht. Das von der württembergischen Regierung eingebrachte Gesetz über das Grundstücksverkaufrecht des Staates und der Gemeinden zur Verhütung ungesunder Preissteigerungen bei Grundstücken wurde von dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Landtages abgelehnt, weil das Gesetz eine Gefährdung des Bauernstandes bedeutet und zur Sozialisierung von Grund und Boden führt.

Die Verbesserung der Feuerzeuge und der Zündkerzen wurde in der letzten Sitzung des 12. Ausschusses der Nationalversammlung gelegentlich der zweiten Lesung des Zündwarenfeuerzeuges derart geregelt, daß Feuerzeuge mit Zündsteinen aus Cereisen oder anderem Zündmetall zum Herstellerverkaufspreis von zwei Mark mit einer Steuer von 50 Pfg., zum Preise von mehr als 2 Mark bis 5 Mark mit 1 Mark, zum Preise von mehr als 5 Mark mit 3 Mark, für Platinfeldzündkerzen für Gasglühlampen mit 30 Pfg., Feuerzeuge mit anderen Zündvorrichtungen mit 3 Mark belegt werden. Die Steuer für Zündkerzen aus Cereisen oder anderem Zündmetall, insoweit sie nicht in Verbindung mit einem Feuerzeug gebracht sind, wird auf 0,10 Mark für je ein Gramm oder einen Bruchteil davon festgesetzt.

Eine deutsche Partei in den Ostgebieten. Die Bildung einer deutschen Partei für die abzutretenden Gebiete Posen und Westpreußens ist von den Landesverbänden der deutschen nationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei, den deutschen Volksräten der abzutretenden Teile dieser Provinzen und der deutschen Vereinigung in Bromberg befohlen worden. Die neue deutsche Partei will alle Deutschen in den abzutretenden Teilen Posen und Westpreußens, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den bisherigen deutschen Parteien, zu dem Zweck zusammenfassen, das Deutschtum in den an Polen gelangenden Teilen dieser beiden Provinzen zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren. Die Hauptgeschäftsstellen befinden sich in Bromberg und in Graudenz.

Der Abtransport der deutschen Truppen aus Kurland. Auf die Forderung des englischen Generals Gough, daß der Abtransport der deutschen Truppen aus Kurland bis zum 20. August beendet sein müsse, haben die deutschen militärischen Stellen darauf hingewiesen, daß die Durchführung in dieser kurzen Zeit technisch nicht möglich sei.

Polnischer Stimmenfang in Oberschlesien. In Posen und Warschau sind Meinungsverschiedenheiten über die Verwendung des landwirtschaftlichen Uberschusses der Provinz Posen entstanden. Die Posener Regierung will diese Uberschüsse sofort nach der Ratifikation nach Oberschlesien abtransportieren, um so die Abstimmung zu beeinflussen, dagegen verlangt die Warschauer Regierung, daß diese Uberschüsse zur Ausfüllung der Lücken in Kongresspolen verwendet werden, um den immer weiter um sich greifenden Bolschewismus wirksamer bekämpfen zu können.

Rundschau im Auslande.

Bulgarien: Bulgarien leistet Widerstand.

Die „Times“ berichtet aus Athen, daß der französische Militärbeobachter in Kanti an der bulgarischen Grenze dem alliierten Hauptquartier einen Bericht überbracht hat, wonach die Bulgaren Vorbereitungen treffen, sich dem griechischen Aufmarsch zu widersetzen. Sie haben die Kräfte des Landes aufgerufen und Waffen verteilt. Die Einwohner haben die französischen Militärbehörden um Schutz ersucht und diese haben die Beschlagnahme der Waffen in Kanti und anderen Orten befohlen.

Südslawien: Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Nach amtlicher Meldung aus Belgrad hat Kronprinz Alexander das Rücktrittsgesuch des Ministeriums Protitsch angenommen. Der Rücktritt des serbischen Kabinetts erklärt sich aus den vielen innerpolitischen (der Zustand der Kroaten) und außenpolitischen Schwierigkeiten Serbiens. Die Meinungen mit Italien und neuerdings auch die Streitigkeiten mit der Pariser Entente-Konferenz wegen Klagenfurter erfordern ein Einlenken Serbiens, das neue Männer erfordert.

Türkei: Die türkische Gefahr in Kleinasien.

Die Versammlung einer türkischen Armee in Stärke von etwa 100 000 Mann um Trapezunt, der Basis der englischen Truppen, hat großen Eindruck auf die Pariser Konferenz gemacht. Die türkische Frage ist in den letzten zwei Tagen wieder in ein gefährliches Stadium getreten. Die Konferenz drängt auf eine Erklärung, ob Amerika das Mandat über Konstantinopel und Anatolien übernehmen will. Die Lage wird in Paris als sehr ernst bezeichnet. Jamil Pascha, der sich Diktator der nationalen Verteidigung nennt, erklärte, mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen die alliierten Truppen in Kleinasien anzugreifen zu wollen. Die englischen Truppen sind natürlich dieser Übermacht gegenüber in Gefahr.

Frankreich: Eine neue Wendung im Caillaux-Prozess.

Der frühere französische Ministerpräsident Caillaux der nunmehr bereits seit 20 Monaten während des Krieges in Untersuchungshaft sitzt, unter der Anklage, daß er mit dem Feinde in Verbindung gestanden zu haben, soll nun auch wegen seiner Haltung vor dem Kriege, zumal in der Agadir-Frage zur Verantwortung gezogen werden. Man wußte ihm vor, daß er 1911 durch Verhandlungen und durch Zugeständnisse das erstrebte, was 1919 durch den Sieg vollzähnder erreicht wurde. Die drei Verteidiger Caillaux haben an Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihn um Ueberlassung gewisser diplomatischer Schriftstücke ersuchen. Aus der Eingabe geht hervor, was man übrigens längst vermutete, daß der Prozess gegen Caillaux eine rein politische Sache geworden ist. In dem Schreiben der drei Rechtsanwälte heißt es: „Wir wissen, welche Richtung die Untersuchung eingeschlagen hat. Die Agadir-Angelegenheit beherrscht diese Untersuchung ganz. Es ist nicht mehr der Prozess gegen einen Verräter, es ist der Prozess gegen eine Politik. Man hat auf Tatsachen verzichtet und will Ideen bestrafen. Die Richter werden nun zu entscheiden haben, ob der Angeklagte ein Verbrecher ist, weil er 1911 den Frieden wahrte, also in einem Augenblick, wo

Die erstere Ausbruch über unsern fißtische allnallistischen leitung nicht Abschluß d allmählich stärker zu nehmen. 2 Volk gewel wohl nieme die alte monarchisch ist nun vor gemacht wo sachen abfi Volksleben